

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wgl. mit Ausnahmungen der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, U. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769. Verschickung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 193.

Dresden, Donnerstag den 21. August 1913.

24. Jahrg.

Das Untersuchungsverfahren gegen eine größere Anzahl Kruppdirektoren dauert fort.

Die preussische Regierung will dem im November zusammen tretenden Landtag keine neue Wahlreform vorlegen, sondern zunächst die Haltung der Parteien in dieser Frage abwarten.

Das Kriegsgericht in Magdeburg beurteilte einen Soldaten wegen verhältnismäßig geringen Vergehens zu 7 Jahren 10 Monaten Gefängnis.

Der Südslawischen Korrespondenz zufolge besteht ein serbisch-griechisch-türkisches Abkommen wegen Bulgarien.

Auf der Wiener Weltausstellung brannte der spanische Pavillon ab.

Beim Brand einer Petroleumraffinerie in Maros Vasarhely kamen fünf Arbeiter ums Leben.

Politische Sumpfpflanzen.

Von unserem Korrespondenten.

Neuport, 10. August.

Der Kampf zwischen William Sulzer, dem Gouverneur, und Charles F. Murphy, dem eigentlichen Beherrscher des Staates Neuport, naht sich seinem Ende zu. Wenn die Legislatur (eingeäschertes Parlament) morgen abends zusammentritt, wird voraussichtlich das Abfertigungsverfahren (das erste in der Geschichte des Staates Neuport) gegen den Gouverneur (Gouverneur werden die Präsidenten der Einzelstaaten genannt) Sulzer eröffnet. (Zu mittelmäßig geschrieben. Die Red.) Der Vertriebskrieg zwischen Sulzer und Murphy, dem wackelnden Gebieter der demokratischen Kandidatenorganisation Tammany Hall, wird nicht mit ritterlichen Waffen geführt. Ein stinkender Wortschwallbe in seinen Tiefen ausgehöhlt. Einer müht sich, den andern in den Sumpf zu stoßen, damit er ebenfalls umkomme.

Ueber zwei Jahrzehnte hindurch vertrat Sulzer als Vertrauensmann Tammanys, zunächst in der Legislatur, später im Kongress (Bundesparlament) das Volk, um schließlich als Gouverneur an die Spitze des größten Staates der Union gestellt zu werden. Die Korruption Tammanys war auch ihm Lebensbedingung. Vor zehn Jahren, nach der Wahl des Demokraten Mac Wilson zum Mayor (Oberbürgermeister) von Neuport, bekannte sich Sulzer in einer vielbemerkten Rede ganz offen zu dem Grundsatz: "To the victor the spoils!" (Dem Sieger die Beute!) Damals war Sulzer mit Grover, wie später mit dessen Nachfolger Charles F. Murphy ein Herz und eine Seele. Darin trat seit April dieses Jahres eine Wandlung ein. Und nun wird Sulzer hauptsächlich mit Schimpf und Schande seines Amtes entsetzt, vielleicht auch vom Straftischler ins Juchendhaus geschickt. Das vorhandene Beweismaterial rechtfertigt es, daß die Assemblée (zweite Kammer der Legislatur) Anklage erhebt und daß der im vorliegenden Falle aus dem Senat (erste Kammer der Legislatur) und dem Richter des Appellhofes bestehende Staatsgerichtshof den Gouverneur schuldig findet und ihn absetzt.

Nach den Bestimmungen des von den beiden Häusern der Legislatur beschlossenen, nach seinem Vorliegen, dem Senator Francis, benannten parlamentarischen Untersuchungs-Kommission hat sich Sulzer unvorsichtlich des Meineids, der Bestechung und einer niederträchtigen Fäulnis schuldig gemacht.

Er, der geistige Vater des corrupt practices law (Gesetz gegen unehrliche Handlungen, nach dessen Bestimmungen die bei den Wahlen aufgestellten Kandidaten persönlich zur Förderung ihrer Kandidatur nur eine gewisse, für jedes Amt festgesetzte Summe Geldes ausgeben dürfen und gleich den Wahlschreibern über ihre Ausgaben unter Eid Rechnung abzulegen haben), machte nach der am 5. November letzten Jahres vorgenommenen Wahl, aus der er als Gouverneur hervorging, offensichtlich falsche Angaben. Er verschleierte einen Teil der Beiträge zu seinem Wahlfonds und machte sich damit des Meineids wie des Vergehens gegen das corrupt practices law schuldig; er verwendete aber auch größere Summen, wenigstens 10 000 Dollar (42 500 M.), die von den Wählern für seinen Wahlfonds bestimmt waren, für seine persönlichen Zwecke, indem er sie zur Deckung seiner aus Spekulationen erwachsenen Schulden und zur Anzahlung auf neue Aktien Spekulationen verwendete. Damit hat nach dem Strafrecht des Staates Neuport alle Kriterien des Betrugs und des Diebstahls (der im Gegensatz zum Diebstahl ein Verbrechen ist) erfüllt.

Die von Charles F. Murphy beherrschte Kandidatenorganisation Tammany Hall, nach deren Wille die Mehrheit der beiden Häuser der Legislatur tangt, vollbringt demnach durch die Unschuldigmachung Sulzers eine fittliche Tat — für den Unreinen. In Wirklichkeit sind die Motive der demokratischen "Maschine" auch im vorliegenden Fall die denkbar niedrigsten. Sie sind einander würdig: Sulzer und Tammany Hall.

Am 1. Januar 1913 trat Sulzer sein Amt als Gouverneur an. Die Witterung ging alles glatt. Da kam es zwischen Sulzer und Murphy über die Verteilung des Landes zu Differenzen. Murphy ist der Kopf (historische Führer) nicht nur der als Tammany Hall bekannten und berichtigten demokratischen Organisation der Stadt Neuport, sondern auch der von Tammany am Gängelbande geführten demokratischen Staatsorganisation. Die Stellung des Kopfes beruht auf dessen Fähigkeit, seine Gefolgsleute auf Kosten der Steuerzahler zu belohnen. Kann er nicht über den Wähler disponieren, so ist es mit seiner Herrschaft vorbei.

Nun gibt es im Norden des Staates Neuport verschiedene demokratische Lokal- und Bezirksorganisationen, die sich mitunter den Diktator Murphys nicht fügen. Auch zu ihnen suchte Sulzer gute Beziehungen zu erhalten, weil er nächstes Jahr abends zum Gouverneur und 1916 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden wollte. Ohne die Unterstützung der sogenannten unabhängigen Demokraten konnte er dieses Ziel nicht erreichen, das er sich gestellt hatte.

Verschiedene hochbezahlte Beamte wollten Sulzer mit Demokraten befehlen, die sich nicht in allen Dingen von Murphys gänzlich lassen. Aber auf einen Wink des Tammany-Bosses verzog der Senat den Entschluß die verfassungsmäßig notwendige Beschäftigung. Dadurch erhielt das gute Verhältnis zwischen Sulzer und Tammany Mitte März den ersten Stoß. Zum offenen Bruch kam es über die Ernennung eines Kandidatenkommissars. Dieser Kommissar hat u. a. den Bau staatlicher Landstraßen zu verwalten. 87 Millionen Dollar (nahezu 370 Millionen Mark) sind für diesen Zweck bewilligt.

Selbst unter des republikanisch-reformierenden Gouverneurs Hughes „hochhändig christlicher“ Verwaltung, als auch unter dem offen-korrupten Nachfolger Big bezahlt der Staat pro Quadrat-Fuß (nicht ganz ein Quadratmeter) Hafenanfertigung durchschnittlich 3 Dollar (12,75 M.), während die Arbeit nach dem Urteile der demokratischen Techniker die privater Bauunternehmer mit 27 Cent (1,14 M.) recht gut bezahlt wäre.

Zum Kandidatenkommissar wollte Murphy seinen Schwager Gaffney ernannt wissen, während Sulzer, einmal im Amt, sich die Fähigkeit zutraute, im Brein mit "seinen Leuten" die Staatskassen mit der gleichen Virtuosität zu plündern wie Murphy und Gaffney.

Von den 87 Millionen Dollar kamen nahezu 80 Millionen Dollar (200 Millionen Mark) in dem kurzen Zeitraum von vier Jahren den Weg in die Taschen einiger Kräfte finden. Und diese Taschen sollten nicht diejenigen Murphys und derer um ihn sein. Zu heiliger Empörung erregte jeder gute Tammany. Gegen Sulzer wurde Sturm gelaufen. Um einen größeren Anhang halber wählte man sich zu schützen, bekräftigte der Gouverneur rühmliche Reformen, darunter eine des Wahlsystems die von der Legislatur prompt verworfen wurde. Sulzer verlegte den Kriegsschauplatz von dem Parlament in die Volkshäuser. Er suchte die Volkseele zum Kochen zu bringen, durch die Massen einen unvolksheligen Brand auf Tammany Hall auszulösen zu lassen, um die Legislatur auf dem Gebiet der Reformen zum Kochen zu zwingen und unter der Wirkung seines "Sieges" die Verschüttung der von ihm ernannten Beamten, insbesondere seines Kandidatenkommissars durchzuführen. Daneben ließ er die Anklage nur als Reklame gedachte Untersuchung über die auf das Schandkonto von Tammanys entfallenden amtlichen Sammlungen etwas ernstlicher führen. Er drohte einflussreichen, demokratischen "Machtmännern" mit Verhaftung und politischer Verdrängung.

Da holte Tammany zu einem vernichtenden Gegenstoß aus. Überhaupt wie Sulzer um alle schmutzigen Streiche Tammanys wußte, war auch Tammany über alle dunklen Punkte in der Vergangenheit Sulzers unterrichtet. Dessen sie doch seit Ausbruch der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts gegenseitig keine Geheimnisse voreinander gehabt. Hierin wurde eine alte Meinungsgefächte aus dem Jahre 1885 auf das Tapet gebracht; dann ergriff das Publikum von einer Liebhaft Sulzers, die eigentlich keinen Trüben etwas anging. Als Sulzer noch immer nicht einlenkte, fuhr Tammany großes Geschick auf und wies bei der Untersuchung durch die Fraubley-Kommission nach, daß Sulzer im November 1912 bei der Berechnung über seine Wahlkampfbudgets verläßt und Wahlkampfbudgets unterschlug.

Ein Stillsitzen aus dem sozialistisch-politischen Leben der Vereinigten Staaten!

Eine weitere Anklage gegen Sulzer.

Neuport, 20. August. Gouverneur Sulzer wird beschuldigt, auch 15 000 Dollar von Neubahninteressenten angenommen zu haben, womit seine Untätigkeit gegenüber dem Wiederbauflecken der Remplage erklärt wird.

Das türkische Spiel.

Die Türkei spielt ein gefährliches Spiel. Es scheint, daß der Pforte wieder einmal der Generalstab über den Kopf gewachsen ist und daß der Vormarsch türkischer Truppen in bulgarischen Gebieten gegen den Willen der türkischen Regierung geschieht. Die Pforte, so meldet ein Telegramm aus Konstantinopel, muß mit der Tatsache einer starken Erregung im Heere rechnen, das einen weiteren Vormarsch als Notwendigkeit ansieht. Sie bietet ihren ganzen Einfluß gegen die Armeeführung auf, damit dieser Vorstoß nicht eine Ausbeutung annimmt, die diplomatische Verhandlungen bringt. Von der Kriegserklärung an Bulgarien war man in den letzten zwei Tagen nur um Haarsbreite entfernt angefaßt, der fortgesetzt am Tageslicht gelangenden bulgarischen Grenzel, die in den Reihen der Abtanopeler Armee eine gereizte Stimmung hervorgerufen haben. Die Armee erblickt nur in einer Schwächung Bulgariens eine ausreichende Abwendung für die Schändlichkeiten. Diese Stimmung hat sich auch im Ministerrat gezeigt, doch gelang es einigen Ministern, ihre Meinung durchzusetzen.

Nach einer Mitteilung der Südslawischen Korrespondenz besteht ein griechisch-türkisches Abkommen gegen Bulgarien, dem Serbien durch seine Neutralitätserklärung beigetreten ist. Dagegen liegt Rußland auf der Lauer, um die neuen Bewegungen der Osmanen zu hindern. Aus Petersburg verlautet, daß Gofonow dem türkischen Botschafter

mitgeteilt habe, daß Rußland gegen den türkischen Vormarsch auf dem rechten Maritimer die allerentschiedensten Maßnahmen ergreifen werde, da es das Benehmen der Pforte als Herausforderung der Mächte ansieht. Die Wahrung von einem bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Pforte wird im Petersburger Außenamt als verfrüht bezeichnet, die Lage wird aber als sehr ernst beurteilt.

Nur aus strategischen Gründen...

Petersburg, 20. August. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt aus Konstantinopel, der Großvezir habe den russischen Botschafter besucht und erklärt, die Gerüchte über die Absicht der Türkei, Dobrußa zu besetzen und über die Grenzen Bulgariens zu rücken, seien ganz unbegründet. Nur aus strategischen Gründen, und weil man die Absichten der Bulgaren nicht genau gekannt habe, hätten die türkischen Truppen die Mariza überschritten. Der Großvezir sende heute noch dem türkischen Oberbefehlshaber die kategorische Befehle, diese Truppen zurückzurufen.

Nach dem Friedensschluß.

Athen, 20. August. Heute fand ein Ministerrat statt, bei dem Ministerpräsident Venizelos Einzelheiten über die Verhandlungen in Bukarest mitteilte und die freundschaftliche Bestimmung Serbiens und Rumaniens hervorhob. Was die Bulgaren abzutretenden Gebiete Thrakiens betreffe, so würden die griechischen Truppen sie unverzüglich räumen. Aber es sei gewiß, daß die Bulgaren nicht imstande sein würden, rechtzeitig Truppen und Beamte dorthin zu schicken. Daher wurde beschlossen, die Befestigung der südbulgarischen Gebiete zu verlängern. — Infolge eines Abkommens zwischen Griechenland und der Türkei werden die Verengungen von heute an für griechische Dampfer wieder geöffnet.

Belgrad, 20. August. König Peter hat durch einen Erlaß den Friedensvertrag von Bukarest ratifiziert.

Die bulgarischen Grenzel.

Konstantinopel, 20. August. Die Pforte hat den hiesigen diplomatischen Vertretern der Mächte ein Zirkular zugehen lassen, in welchem sie Beschwerde erhebt über von Bulgaren verübte Grenzverletzungen in den von Griechen geräumten und von den Bulgaren vollständig verwüsteten Gegenden.

Paris, 20. August. Auf Initiative der Carnegie-Friedensstiftung hat sich eine internationale Kommission gebildet, um unparteiisch und unabhängig von jeder politischen Voreingenommenheit Untersuchungen anzustellen über die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Die Kommission wird heute nach den Balkanländern abreisen.

Die Demobilisierung in Bulgarien.

Sofia, 20. August. Die Demobilisierung der bulgarischen Truppen wird bis zum 26. August vollständig durchgeführt sein. Unter den Waffen bleiben nur 90 000 Mann, die hauptsächlich an der türkisch-bulgarischen Grenze Quartier nehmen.

Der Katholikentag.

Wetz, 19. August.

Keine Rede auf dem Katholikentag, die nicht eine Klage über die „Unfreiheit“ der Kirche und die „Wunderberechtigung“ der Katholiken enthält, keine Rede, die als Forderung des Tages nicht die Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangt. Das war auch der Hauptinhalt der Rede, die in der öffentlichen Versammlung des geistlichen Abends der wortgewaltige Bischof Faulhaber (Speyer) über das Reich und die Freiheit der Kirche hielt. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen über das Verhältnis von Staat und Kirche. Er unterschied dabei die Trennung der Kirche durch den Staat nach französischem Muster, die Trennung der Kirche vom Staat mit wenig Bangen um ihren Bestand herantommen sieht wie die katholische Kirche. Andererseits wird aber auch ebenso scharf die Trennung des Staates von der Kirche nur das Vorspiel zur Trennung des Staates von jeder positiven Religion werden. Für das gemeinsame Vaterland stehen also viel zu hohe Güter auf dem Spiel, als daß wir die Trennung von Staat und Kirche wünschen könnten, um die Konfessionen vor eine Kraftprobe auf Leben und Tod zu stellen. Bischof Faulhaber spricht sich für ein Verhältnis nach deutschem Muster aus, wo der Staat der Wohltäter der Kirche und die Kirche der Wohltäter des Staates sei. Die Wohltaten der Kirche dem Staate gegenüber bestehen nach Faulhaber darin, daß die Kirche als das „öffentliche Gewissen des Staates“ das Gemeinwohlleben vor der fittlichen Fäulnis bewahrt und den moralischen Staatsbankrott, den Vorläufer des politischen Zusammenbruchs, aufhält. Die Kirche hat die soziale Mission, durch ihre Lehre von der Autorität und dem Eigentum und den andern Geboten der sozialen Ordnung an der Lösung der sozialen Frage in erster Reihe mitzuwirken, und endlich hat die Kirche auch eine nationale Mission, indem ihre Freiheit beiträgt zur öffentlichen Wohlfahrt und zur Ruhe und Sicherheit des Landes. — Das sind zwar alles nur Behauptungen, deren Wiederlegung durch die Tatsachen der Geschichte und des